

Sri Lanka: Situation für aus dem Norden oder Osten stammende TamillInnen in Colombo und für RückkehrerInnen nach Sri Lanka

Themenpapier

Rainer Mattern

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T ++41 31 370 75 75
F ++41 31 370 75 00

Bern, 22. September 2011

info@fluechtlingshilfe.ch
www.fluechtlingshilfe.ch

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7



Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7


AUTOR

Rainer Mattern

SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

COPYRIGHT

© 2011  Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Situation der TamillInnen im Norden und Osten	3
	2.1 Militarisierung im Norden und Osten	3
	2.2 Vertriebenenrückkehr	4
3	Ankunft in Colombo	5
4	TamillInnen aus dem Ausland.....	6
5	Suche nach Personen mit LTTE-Verbindungen	8
	5.1 Notstandsrecht.....	9
	5.2 Kontrolle, Checkpoints, Razzien	10
	5.3 Registrierung von TamillInnen	11
	5.4 Kontrolle am Flughafen	14
	5.5 Haft der LTTE-Mitglieder, Rehabilitation, Reintegration	17
6	Aktivitäten tamilischer Gruppen, die mit der Regierung zusammenarbeiten	18
7	Ausblick	19

1 Einleitung

Die Strassenblockierungen aufgehoben, die Sandsäcke entfernt, Sri Lanka wieder ein palmengesäumtes und friedliches Touristenparadies: So möchte die Regierung die Verhältnisse gerne darstellen.¹ Für den tamilischen Bevölkerungsteil stimmt dieses Bild nicht.

Das Ende des Krieges im Mai 2009 hat zwar zu einigen positiven Veränderungen der Lage in Sri Lanka und Colombo geführt. Die lähmende Angst vor Selbstmordanschlägen im Süden ist mit dem faktischen Ende der LTTE (*Liberation Tigers of Tamil Eelam*) beendet, und die tamilische Bevölkerung muss nicht mehr die Zwangsrekrutierung der Kinder für die Guerillaorganisation befürchten.² Zugleich bedeutet das Ende des Krieges nicht eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Sri Lanka, weder im kriegsbetroffenen Norden und Osten noch in der Hauptstadt. Mit Hilfe der Anti-Terror-Gesetze, die noch immer in Kraft sind, unterdrückt die Regierung die Medien und die politischen Opponenten, manipuliert Wahlen und schaltet die Zivilgesellschaft aus.³

Nach dem Zensus im Jahr 2001 lebten zu diesem Zeitpunkt 387'000 TamillInnen in der *Western Province*. Die *Western Province* umfasst die Distrikte Colombo, Moratuwa, Kalutara und Negombo. Ein bei UK Home Office⁴ veröffentlichter Bericht geht davon aus, dass TamillInnen in manchen Quartieren Colombos die Mehrheit bilden, dass ihre Zahl zwischen 300'000 und 500'000 liegt und im gesamten Colombo District 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Die Zahl der TamillInnen mit vorübergehendem Aufenthalt in Colombo betrug nach dieser Quelle im Jahr 2009 50'000. Zwischen 2003 und 2008 waren 37'000 TamillInnen in Colombo zugezogen.

Personen aus Sri Lanka, die in der Schweiz um Asyl ersucht haben, gehören weit überwiegend dem tamilischen Bevölkerungsteil an und kommen fast immer aus dem Norden und Osten der Insel, also aus den vom Konflikt am stärksten betroffenen Gebieten. Ihr Weg in Flucht und Emigration führte über Colombo als Zwischenstation. Rückkehr oder Rückführung geschieht ebenfalls über den Katunayake International Airport. Die Prüfung der Situation in Colombo muss daher zentral für die Einschätzung sein, wie sich das Leben der dorthin Zugezogenen oder nach Sri Lanka Zurückgekehrten gestaltet.

Die Grösse des tamilischen Bevölkerungsanteils in Colombo sagt wenig über dessen Sicherheitssituation aus. Zugezogene TamillInnen und solche, die aus dem Ausland zurückkehren, stehen unter besonderer Beobachtung der sri-lankischen Stellen. Sie sind dem Misstrauen des singhalesischen Bevölkerungsteils und der Willkür der staatlichen Instanzen ausgesetzt. Der unterschiedlichen Sicherheitssituation der seit langem etablierten tamilischen Bevölkerung verglichen mit den aus den Kriegsgebiete-

¹ Associated Press, Tamils still suffer 2 years after Sri Lanka war, 10. August 2011.

² International Crisis Group (ICG), Reconciliation in Sri Lanka, Harder than Ever, 18. Juli 2011, Executive Summary.

³ Ebd.

⁴ UK Home Office, Report of Information Gathering Visit to Colombo: 23–29 August 2009, August 2009, www.unhcr.org/refworld/country,,MISSION,LKA,,4ae066de2,0.html.

ten zuziehenden Personen hat das Bundesverwaltungsgericht in der Vergangenheit Rechnung getragen, indem eine Flucht- oder Wohnsitzalternative für TamillInnen in Colombo vom Vorliegen eines etablierten sozialen Netzwerks abhängig gemacht wurde.⁵

Die Verbesserung der Lage in Sri Lanka nach dem Krieg hat sich auf die Asylpraxis in verschiedenen Staaten ausgewirkt, so auch in der Schweiz, wo eine Praxisänderung in der Beurteilung von Asylgesuchen aus Sri Lanka vorgenommen wurde.⁶

Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, *E.G. v. The United Kingdom*, vom 31. Mai 2011 (Beschwerde-Nr. 41178/08), hält fest, dass im Zusammenhang mit der Wegweisung neben der Zugehörigkeit zur tamilischen Ethnie weitere Risikofaktoren zu prüfen sind wie: Asylgesuchstellung im Ausland, Rückkehr, Fehlen von Identitätspapieren, frühere Mitgliedschaft bei den LTTE, aktive Natur dieser Mitgliedschaft, frühere Verhaftung aufgrund der LTTE-Mitgliedschaft, sichtbare Narben.⁷

Die Reiseempfehlungen Grossbritanniens, der USA, Australiens und Kanadas verweisen generell auf Sicherheitsrisiken einer Reise auf die Insel, schliessen aber nicht bestimmte Regionen oder Bezirke von diesen Warnungen aus.⁸

Das Themenpapier beruht auf öffentlich zugänglichen Quellen und auf Informationen von Kontakten aufgrund von Gesprächen, Telefonaten und E-Mails mit Personen in und ausserhalb Sri Lankas.⁹ Die gezielte Behinderung der Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen durch die sri-lankische Regierung erschwert die kritische Berichterstattung und Verifizierung der erhobenen Daten. Dass keiner der Kontakte namentlich genannt werden wollte, um entweder persönlich nicht gefährdet zu werden oder um Angehörige zu schützen, hat mit einem Klima der Angst und Repression in Sri Lanka zu tun und damit, dass es dort heute nur die Option gibt, entweder für die Regierung Rajapaksa zu sein oder andernfalls Gefahr zu laufen, als Feind des Staates zu gelten («Mit uns oder gegen uns»-Mentalität).¹⁰

⁵ BVGer, E-2775/2007 vom 14. Februar 2008.

⁶ Nach einer Medienmitteilung des Bundesamts für Migration (BFM) veranlasst die Verbesserung der Situation in Sri Lanka die Behörde, die Wegweisungspraxis für abgewiesene sri-lankische Asylsuchende zu ändern. Personen, deren Gesuch abgelehnt wird, müssen im Regelfall die Schweiz verlassen. Bei Personen mit vorläufiger Aufnahme wird die Möglichkeit der Wegweisung neu überprüft. Für anerkannte Flüchtlinge aus Sri Lanka hat diese Praxisanpassung keine Auswirkungen. Quelle: www.ejpd.admin.ch/content/bfm/de/home/dokumentation/medienmitteilungen/2011/2011-01-26.html.

⁷ European Court of Human Rights, Case E.G. v. The United Kingdom, 31. Mai 2011, www.baillii.org/eu/cases/ECHR/2011/846.html. Im zur Entscheidung stehenden Fall ging der Gerichtshof davon aus, dass das Interesse der Behörden durch eine Rückkehr des Asylbewerbers in sein Heimatland nicht geweckt würde. Zwei der fünf Richter der Kammer äusserten in einem Votum eine abweichende Meinung und schätzten das Risiko einer Rückkehr anders als die Mehrheit ein.

⁸ www.fco.gov.uk/en/travel-and-living-abroad/travel-advice-by-country/asia-oceania/sri-lanka;
www.smartraveller.gov.au/zw-cgi/view/Advice/Sri_Lanka;
www.travel.state.gov/travel/cis_pa_tw/cis/cis_1025.html#safety.

⁹ Es wurden in Sri Lanka lebende Kontakte angefragt, aber auch im Ausland lebende Personen, jeweils sowohl singhalesischer wie tamilischer Zugehörigkeit (Journalisten, Herkunftsländeranalysten, Menschenrechtsanwälte und ausländische Diplomaten).

¹⁰ Auch andere Organisationen stehen vor dem Problem des Quellenschutzes. Vgl. International Crisis Group (ICG), Reconciliation in Sri Lanka: Harder than Ever, 18. Juli 2011, S. 2.

2 Situation der TamillInnen im Norden und Osten

Wenn in der Vergangenheit TamillInnen aus dem Norden oder Osten nach Colombo ausgewichen sind, war das vor allem auf den militärischen Konflikt zurückzuführen. Die Leute verliessen die Heimatregion, um den Gefahren des Konflikts zu entgehen, oft auch, um aus diesem Grund und auf diesem Weg Sri Lanka zu verlassen. Heute sind es die immer noch prekäre Nachkriegssituation und die starke Militarisierung der Region, die die Menschen dazu bringt, vorübergehend oder längere Zeit sich in der Hauptstadt aufzuhalten. Der Norden und der Osten der Insel sind die Regionen, in denen sich Verhaftungen, Entführungen, Ermordungen und Verschwindenlassen fortsetzen.

2.1 Militarisierung im Norden und Osten

Seit 2009 wurde eine Militarisierung der gesamten Region, die unter direkter Kontrolle des Verteidigungsministeriums steht, beobachtet. Neue militärische Posten und Lager wurden installiert und von Minen geräumt. Solche Posten finden sich im Wohngebiet, im landwirtschaftlichen Gebiet und im Dschungel. Teile der Region werden immer noch als Hochsicherheitszonen (HSZ, *High Security Zones*) bezeichnet. Das hat zur Folge, dass frühere BewohnerInnen dieser Gebiete nicht dorthin zurückkehren können.¹¹ Im Mannar-Distrikt wurde eine grosse Marine-Basis geschaffen, die die Dörfer Silvathurai und Mullikulam umfasst. Bestimmte Landstriche im Mullaitivu-Distrikt, die besonders schwer von Kämpfen betroffen waren, werden voraussichtlich überhaupt nicht mehr für Wiederansiedlung und Rückkehr genutzt werden können.¹² Entgegen Behauptungen der Regierung, dass Hochsicherheitszonen aufgelöst würden, gab es keine bedeutende Reduktion der militärischen Präsenz, vielmehr nahm sie zu und ist auf Dauer angelegt, häufig ohne formelles Prozedere für die Grundeigentümer.¹³ Häuser von Vertriebenen sind auch ausserhalb dieser Zonen vom Militär besetzt.¹⁴ Die Regierung bezeichnet das Gebiet als einzige Friedenszone, was nichts anderes bedeutet, dass Militärlager und militärische Einrichtungen überall sind.

Das Militär tut alles, um auf Dauer dort zu bleiben. Es hat die zivile Administration übernommen.¹⁵ Auf der Jaffna-Halbinsel sind 40'000 Militärs stationiert, was ein Verhältnis zur Zivilbevölkerung von 1:11 bedeutet. Im Vanni ist das Verhältnis 1:4. Auf jeder wichtigeren Strasse finden sich militärische Checkpoints oder Soldaten.¹⁶ Nach einem Besuch im Vanni hielt ein Mitglied des *Centre For Peace & Reconciliati-*

¹¹ Minority Rights Group International, *No war no peace: the denial of minority rights and justice in Sri Lanka*, 2011, S. 3.

¹² SFH, *Sri Lanka: Aktuelle Situation*, 1. Dezember 2010, S. 18 ff., mit weiteren Hinweisen.

¹³ International Crisis Group (ICG), *Reconciliation in Sri Lanka: Harder than Ever*, 18. Juli 2011, S. 15.

¹⁴ Associated Press, *Tamils still suffer 2 years after Sri Lanka war*, 10. August 2011.

¹⁵ So wurden zentrale Verwaltungsposten an frühere Militärs vergeben, z.B. die Gouverneursposten im Norden und im Osten, die *Government Agents* als Top-Positionen auf Bezirksebene sind im Trincomalee-Bezirk an militärisches Personal vergeben. Die lokale Zivilverwaltung spielt kaum noch eine Rolle. Quelle: Minority Rights Group International, *No war no peace: the denial of minority rights and justice in Sri Lanka*, 2011, S. 12.

¹⁶ Ebd.

on im Juni 2010 fest, dass die militärische Präsenz sichtbarer sei als die Präsenz der BewohnerInnen.¹⁷

Sich ausbreitende wirtschaftliche Aktivitäten des Militärs auf Kosten der tamilischen Händler, wirtschaftliche Unterstützung der Armee für singhalesische Geschäftsleute und Fischer, die in den Norden einwandern, und Gerüchte, dass die Familien der Soldaten nachfolgen, stützen die Befürchtung der tamilischen Bevölkerung, dass eine Singhalisierung der Region bevorsteht.¹⁸

Demokratische politische Aktivitäten im Norden und Osten wurden durch der Regierung nahestehende tamilische Parteien und Gruppen, die brutal vorgehen und korrupt sind, unterdrückt (vgl. unten 6).¹⁹ Das gewaltsame Regime der LTTE wurde im Norden und Osten durch ein System der Militarisierung, Kontrolle und Angst ersetzt.

Viele Haushalte werden nach dem Krieg von Frauen geführt, die wegen der militärischen Dominanz in dieser Region extrem verletzlich sind. Zehntausende von alleinstehenden Frauen und Witwen erleben die Situation als persönlich bedrohlicher als in den Zeiten der Herrschaft der LTTE.²⁰ Sie müssen mit singhalesischen Soldaten verhandeln, um alltägliche Probleme zu lösen. Es wird die Zunahme von sexuellen Übergriffen, Prostitution, sexuell übertragbaren Krankheiten und auch von häuslicher Gewalt berichtet.²¹

Auch wenn die Militarisierung im Osten weniger durchdringend ist, ist ihr Effekt für Frauen gleichermassen verheerend, wie eine Studie zu Kriegswitwen in Trincomalee gezeigt hat, wo Einschüchterungen und sexuelle Avancen bei erzwungenen Verhören in den Militärlagern berichtet werden.²²

2.2 Vertriebenenrückkehr

Auch mehr als zwei Jahre nach dem Krieg steht der Wiederaufbau in den früher vom Konflikt betroffenen Gebieten vor enormen Problemen und einer ungewissen Zukunft.²³ Viele kehren in provisorische Unterkünfte zurück und sind vollkommen auf Hilfeleistungen angewiesen. Viele RückkehrerInnen sind schon mehrfach geflohen oder umgezogen.

Der Rückkehrprozess in den vom Bürgerkrieg betroffenen Gebieten leidet unter der Zerstörung der Wohnhäuser und der öffentlichen Infrastruktur, der Kontamination von Land, Wasserwegen und Brunnen und darunter, dass es noch umfangreiche Gebiete gibt, in denen es Minen und nicht explodierte Sprengkörper gibt. Gerade

¹⁷ Centre For Peace & Reconciliation, Jaffna and Vanni Reports Compilation, 23. September 2010.

¹⁸ International Crisis Group (ICG), Reconciliation in Sri Lanka: Harder than Ever, 18. Juli 2011, S. 15; Minority Rights Group International, No war no peace: the denial of minority rights and justice in Sri Lanka, 2011, S. 3 und S. 13.

¹⁹ International Crisis Group (ICG), Reconciliation in Sri Lanka, Harder than Ever, 18. Juli 2011, Executive Summary. Im Norden ist das vor allem die Eelam People's Democratic Party (EPDP), im Osten die People's National Liberation Tigers (TMVP).

²⁰ International Crisis Group (ICG), Reconciliation in Sri Lanka, Harder than Ever, 18. Juli 2011, S. 16.

²¹ Ebd.

²² Ebd.

²³ IRIN, Sri Lanka: Returnees struggle in post-war zone, 5. Juli 2011, www.irinnews.org/report.aspx?ReportId=93148.

Landwirtschaftszonen sind noch nicht entmint, so dass die grosse Mehrheit der RückkehrerInnen nicht in der Nahrungsmittelproduktion tätig sein kann und von Nahrungsmittelhilfe abhängig bleibt.²⁴

Auch wenn mehr als zwei Drittel der ursprünglich festgehaltenen 300'000 Vertriebenen nach Hause geschickt wurden, wäre es unzutreffend, von gelungener Rückkehr zu sprechen. Vielfach landeten sie nicht am Herkunftsort, sondern in einer Situation interner Vertreibung, in der es an den elementarsten Lebensbedingungen fehlt. 180'000 unter ihnen und weitere Vertriebene leben immer noch in Lagern oder Provisorien.²⁵ Der Fokus der Regierung beim Wiederaufbau liegt bei den Grossprojekten – Strassenbau, Schienenverkehr, Kraftwerke, Häfen – unter Vernachlässigung der Bedürfnisse der Vertriebenen.

Die tamilische Bevölkerung hat die Befürchtung, dass die ethnische Zusammensetzung im Rahmen des Wiederansiedlungsprozesses verändert wird. Militärbasen und Märkte beherbergen Personen von ausserhalb, die meisten von ihnen sind ohne tamilische Sprachkenntnisse. Zugleich scheinen SinghalesInnen in den tamilischen Gebieten mit militärischer Unterstützung angesiedelt zu werden.²⁶

Nach Jahrzehnten ethnischer Konflikte ist die tamilische Bevölkerungsgruppe ohnehin in den staatlichen Institutionen unterrepräsentiert. Die Sicherheitskräfte gehören überwiegend zur singhalesischen Mehrheit und sprechen kein Tamilisch. Immerhin wurden erste Schritte gemacht: Im letzten Jahr wurden insgesamt 600 TamillInnen im Norden Sri Lankas für die Sicherheitskräfte rekrutiert.²⁷

3 Ankunft in Colombo

Tamilische Neuankömmlinge aus dem Norden und Osten der Insel werden in der Hauptstadt als Fremde angesehen und mit Misstrauen beobachtet. Auch wenn in Colombo und Umgebung ein grosser tamilischer Bevölkerungsanteil lebt, bedeutet das nicht, dass die Hauptstadt und ihre Umgebung eine definierte und sichere geografische Region für TamillInnen ist, **solange das nicht dem Willen der Regierung entspricht.**²⁸

Auch wenn die Niederlassungsfreiheit und Bewegungsfreiheit gesetzlich vorgesehen sind, sind diese Rechte für TamillInnen eingeschränkt (vgl. unten 5).

²⁴ SFH, Sri Lanka: Aktuelle Situation, 1. Dezember 2010, S. 18 ff., mit weiteren Hinweisen.

²⁵ International Crisis Group (ICG), Reconciliation in Sri Lanka: Harder than Ever, 18. Juli 2011, Executive Summary and Recommendations.

²⁶ AP, Tamils still suffer 2 years after Sri Lanka war, 10. August 2011.

²⁷ BBC News, Tamil Police «excluded» from Sri Lanka parade, 30. Mai 2011, www.bbc.co.uk/news/world-south-asia-13593209.

²⁸ Sri-lankischer Country-of-Origin-Researcher, E-Mail vom 5. Mai 2011.

4 TamillInnen aus dem Ausland

Die Stimmung gegenüber den im Ausland lebenden TamillInnen ist äusserst aufgeheizt.²⁹ Die Regierung lanciert unaufhörlich Kampagnen gegen diejenigen, die das Land verlassen und im Ausland um Asyl ersucht haben, indem es sie als Verräter bezeichnet und als gegen die Nation eingestellte Personen, die das Land in Misskredit bringen. Hauptvorwurf gegen die AuslandstamillInnen (*Expatriates*) ist, dass sie die LTTE finanziert und unterstützt haben und das immer noch tun. Folge der Propaganda ist eine generelle Skepsis, wenn nicht sogar ein Hass gegenüber Angehörigen der Diaspora, die als LTTE-nahe angesehen werden und die die Absicht haben sollen, das Land zu infiltrieren. Ausserdem sollen sie dazu beigetragen haben, Sri Lanka international in ein negatives Licht zu rücken, zumal seitens auslandstamilischer Organisationen eine internationale Untersuchung der Kriegsverbrechen gefordert wurde.³⁰ Viele von ihnen treffen ihre Familien deshalb lieber in Südindien, da es in Sri Lanka nur einen internationalen Flughafen gibt, der leicht kontrollierbar ist und in dem die meisten Festnahmen von *Expatriates* oder RückkehrerInnen stattfinden.³¹ Es ist nicht davon auszugehen, dass die staatliche Propaganda einen Unterschied macht zwischen solchen Personen, die auf Dauer im Ausland leben, und denen, die nach einem Asylverfahren zurückkehren. Die TamillInnen der Diaspora haben wenigstens den Schutz des Staates, in dem sie leben. Asylsuchende mit abgelehntem Asylverfahren haben diesen Schutz nicht.³²

Folgende Aspekte machen deutlich, wie sehr besonders AuslandstamillInnen (und mit ihnen RückkehrerInnen) unter besonderer Überwachung stehen:

- Routinemässig wurden auch mehr als zwei Jahre nach dem Krieg die *Emergency Regulations* (ER) Monat für Monat verlängert, auch wenn sie inzwischen entschärft sind und auf Ende August 2011 aufgehoben worden sind. Begründung war jeweils die drohende Gefahr seitens der LTTE.
- Die internationale Kritik und die Forderung nach der Untersuchung von Kriegsverbrechen der Regierung wird in Sri Lanka wesentlich auf Aktivitäten der tamilischen Diaspora in Europa und LTTE-Sympathisanten weltweit zurückgeführt.³³ In den allmonatlich stattfindenden parlamentarischen Debatten um die Verlängerung der *Emergency Regulations* wies der sri-lankische Premier D.M. Jayaratne wiederholt auf die tamilischen Organisationen im Ausland hin, die versuchten, die Regierung zu destabilisieren. Diese Aspekte und angeblich bevorstehende Attacken der Rebellen waren die Standardrechtfertigung für die regelmässige Verlängerung der ER.³⁴

²⁹ E-Mail einer sri-lankischen Aktivistin für Frauenrechte vom 21. August 2011; Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 24. August 2011, www.srilankabrief.org/2011/08/sri-lanka-asylum-seekers-new-challenges.html#more.

³⁰ Sri-lankischer Country-of-Origin-Researcher, E-Mail vom 5. Mai 2011.

³¹ E-Mail einer sri-lankischen Aktivistin für Frauenrechte vom 21. August 2011.

³² Sri-lankischer Country-of-Origin-Researcher, E-Mail vom 5. Mai 2011.

³³ Beispiel vom 8. Februar 2011 für solche Äusserungen des Premierministers. Quelle: www.thesundayleader.lk/2011/02/08/pm-ltte-sympathizers-trying-to-make-war-crimes-charges-again/.

³⁴ Sri-lankischer Country-of-Origin-Researcher, E-Mail vom 5. Mai 2011.

- Dass Aktivitäten von TamillInnen im Ausland seitens der sri-lankischen Regierung überwacht werden, ist allgemein bekannt.³⁵ Demonstrationen von AuslandstamillInnen im Ausland werden fotografiert und mit Video aufgenommen, so z.B. bei Protesten vor dem britischen Parlament im April und Mai 2009 und vor der sri-Lankischen Botschaft in London am 4. April 2011. Es kam vor, dass in Sri Lanka einreisende TamillInnen bei der Befragung auf dem Flughafen von Colombo beschuldigt wurden, an Demonstrationen teilgenommen zu haben, und dass sie mit den Fotos oder Videos konfrontiert wurden.³⁶ Derartige Aktivitäten können für RückkehrerInnen ein zusätzliches Risiko bedeuten.
- Unter der Fassade der Demokratie verlangt die Regierung absolute Loyalität. Das bringt die Minderheiten, vor allem die TamillInnen, in eine Situation, in der die Forderung nach legitimen Rechten als illoyal angesehen wird. Die Regierung organisierte mit Hilfe von alliierten Parteien Demonstrationen vor westlichen Botschaften und Büros der UNO. TamillInnen wurden dazu veranlasst, an einer Demonstration gegen den UNO-Expertenbericht zu Missbräuchen im Endstadium des Krieges am 1. Mai 2011 teilzunehmen, um ihr den Anschein von Legitimität zu verleihen.³⁷
- Seit dem Kriegsende im Mai 2009 wurden rückkehrende TamillInnen (aber auch SinghalesInnen) am Colombo Airport befragt, und es kam zu Verhaftungen (vgl. unten 5.4).
- Dass auch in Colombo die Umklammerung durch das Militär enger wurde, hat unmittelbare Auswirkungen auf zuziehende oder rückkehrende TamillInnen. Verschiedene Behörden wurden neu dem Verteidigungsministerium unterstellt. Kurz nach den allgemeinen Wahlen vom 8. April 2011 brachte Präsident Mahinda Rajapaksa die Stadtentwicklungsbehörde (*Urban Development Authority, UDA*) unter die Kontrolle des Verteidigungsministeriums und ernannte seinen Bruder und Verteidigungsstaatssekretär Gotabaya Rajapaksa zum Vorsitzenden der Behörde. In bestimmten Vierteln hat die Behörde die Kündigung und Ausweisung von Bewohnern verfügt, und einzelne Unterkünfte wurden zerstört. Auch übernahm das Verteidigungsministerium die Behörden des Küstenschutzes, der Landgewinnung, der Entwicklung und des Baus, der Wasserwege und der Registrierung von Nichtregierungsorganisationen. Wichtige Posten der Zentralregierung, von lokalen Regierungen und Stellen im Ausland wurden mit früheren oder aktiven Offizieren des Militärs besetzt.³⁸
- Die Regierung investiert stark in teure Überwachungstechnologien, und das Ausmass an geheimdienstlicher Überwachung hat sich erhöht. Das scheint Teil der Strategie zur Kontrolle der Bevölkerung zu sein.³⁹

³⁵ E-Mail einer Person im Diplomatischen Dienst vom 6. Juni 2011.

³⁶ Sri-lankischer Country-of-Origin-Researcher, E-Mail vom 5. Mai 2011.

³⁷ Ebd.

³⁸ Ebd.

³⁹ Ebd.

- Im Februar 2011 stoppte die Regierung die Regelung, wonach die doppelte Staatsbürgerschaft zugelassen wird, und kündigte an, dass die bereits existierenden doppelten Staatsbürgerschaften überprüft würden.⁴⁰ Weil der Stopp der doppelten Staatsbürgerschaften nicht rückwirkend gelten soll, wird er nicht zu Lasten derjenigen Regierungsvertreter gehen, die bereits Doppelbürger oder im Besitz einer US-Greencard sind. Aber er kann Tausenden, eventuell Zehntausenden von AuslandstamilInnen die sri-lankische Staatsbürgerschaft nehmen. Das gilt allgemein als weiterer Angriff auf die AuslandstamilInnen. Zudem ist nicht auszuschliessen, dass Teile der sri-lankischen Elite sich durch den Verlust eines ausländischen Bürgerrechts der Rechtsprechung des Internationalen Strafgerichtshofes (Sri Lanka hat den ICC nicht anerkannt) entziehen wollen.⁴¹

Der sri-lankische Staat ist in den vergangenen Jahren in keiner Weise gegen die Urheber der staatlichen Menschenrechtsverletzungen vorgegangen, in einer Atmosphäre der Straflosigkeit hat er viel eher die Täter geschützt.⁴² JournalistInnen, die diese Zustände aufdecken, werden angegriffen, verhaftet oder auch getötet. Für TamillInnen wie auch für Oppositionelle, JournalistInnen und Personen, die sich für Menschenrechte einsetzen, bedeutet die eklatante Straflosigkeit der staatlichen oder staatlich geförderten Übergriffe, Missbräuche und Verbrechen ein Leben in ständiger Unsicherheit. Das Fehlen von Zeugenschutzprogrammen ist nicht geeignet, Vertrauen in die staatlichen Institutionen zu entwickeln.⁴³ Abgesehen davon sind die meisten TamillInnen des Singhalesischen nicht mächtig, so dass sie sich nicht wirksam beschweren können.⁴⁴

5 Suche nach Personen mit LTTE-Verbindungen

Grund, Legitimation oder Vorwand für verschiedenste Massnahmen, unter denen der tamilische Bevölkerungsteil zu leiden hat, ist das angebliche Risiko weiterer terroristischer Aktivitäten der LTTE, ihrer Nachfolgerorganisationen oder mit ihr sympathisierender Personen. Zu diesem Zweck werden Massnahmen wie diskriminierende Registrierungspflicht für die tamilischen Bevölkerung, geheimdienstliche Überwachung, Kontrolle an den Flughäfen und das ganze Arsenal, das das Notstandsrecht zur Verfügung stellt, eingesetzt. Personen, die aus Regionen stammen, die jahrelang von den LTTE kontrolliert wurden, sind generell als potenzielle LTTE-Mitglieder oder -Unterstützer angesehen und prinzipiell verdächtig. Eine entscheidende Rolle spielen in diesem Prozess die mit der Regierung verbündeten tamilischen Parteien und Gruppierungen.

⁴⁰ Consular Services, 3. Februar 2011, <http://slcgsyd.com/favorite5.htm>.

⁴¹ Sri-lankischer Country-of-Origin-Researcher, E-Mail vom 5. Mai 2011.

⁴² International Crisis Group (ICG), Reconciliation in Sri Lanka: Harder than Ever, 18. Juli 2011, S. 36; Asian Human Rights Commission, Sri Lanka, Impunity, Criminal Justice and Human Rights, 1. März 2010.

⁴³ Asian Human Rights Commission, Sri Lanka, Impunity, Criminal Justice and Human Rights, 1. März 2010.

⁴⁴ Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 24. August 2011.

5.1 Notstandsrecht

Der Zusammenbruch des rechtsstaatlichen Systems begann schon vor Jahrzehnten, als die Verfassung von 1978 die öffentlichen Institutionen paralyisierte. Die staatlichen Instanzen begannen, sich auf aussergesetzliche Methoden zu konzentrieren, um Verbrechen und Formen ziviler Unruhe unter Kontrolle zu halten. Da die effektiven Massnahmen aussergesetzlich sind und es keine funktionierenden gesetzlichen Rechtsmittel gibt, ist es nahezu unmöglich, sich gegen Folter und Tötungen der Polizei, Entführungen und Verschwindenlassen sowie gegen Korruption zu wehren.⁴⁵ Dass die Regierung nie die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen im eigenen Zuständigkeitsbereich sucht, hat zuletzt der Bericht der *Lessons Learnt and Reconciliation Commission* (LLRC) gezeigt, der keine glaubwürdige Untersuchung der von beiden Konfliktparteien begangenen Kriegsverbrechen enthält, sondern nur ein weiterer Beleg für die in Sri Lanka herrschende Straflosigkeit bei von staatlicher Seite begangenen Verbrechen ist.⁴⁶

Ende August 2011 hat Präsident Rajapaksa die Aufhebung der *Emergency Regulations* verfügt. Während Indien und die westlichen Staaten diese Massnahme begrüsst, bezweifelten Oppositionsparteien und Menschenrechtsorganisationen einen Effekt, da sich an der Geltung des *Prevention of Terrorism Act* (PTA) nichts ändert. Der PTA ermöglicht und erleichtert Folter und weitere Missbräuche.⁴⁷

Kritische Quellen weisen darauf hin, dass eine neue Gesetzgebung (*Emergency Consequential Provisions Bill*) vorbereitet wird, die den Umgang mit Verdächtigen, die nach den ER verhaftet sind, regelt.⁴⁸ Bisher spricht wenig dafür, dass Präsident Rajapaksa auch tatsächlich ohne Notstandsrecht regieren will, und es ist zu befürchten, dass weder Regierung noch Sicherheitskräfte und Verwaltung nach Jahrzehnten, in denen der Notstand der Normalfall war, überhaupt eine Vorstellung davon haben, wie es ist, ohne Ausnahmerecht Politik zu machen. Die präsidialen Absichten lassen sich auch nicht darüber aus, was mit den inhaftierten LTTE-Mitgliedern geschehen wird und wie ihre Rehabilitation aussehen soll, was aus den Hochsicherheitszonen werden soll und wie die nationale Sicherheit in Zukunft gesetzlich geregelt wird. Ohne Aufhebung der gravierenden Defekte des verfassungsmässigen und gesetzlichen Rahmens einer Anti-Terror-Politik und einer exekutiven Präsidentschaft auf Kosten der Gewaltenteilung wird sich für das gesamte politische Klima im Zusammenhang mit der Einhaltung von Grund- und Menschenrechten nicht viel ändern.⁴⁹ Die International Crisis Group hält fest, dass die Regierung keineswegs zum gewöhnlichen Recht zurückkehrt, sondern einige kontroverse Bestimmungen der *Emergency Regulations* sogar ausgedehnt hat, indem sie parallele Bestimmungen in den PTA eingefügt hat. Diese schliessen die Fortführung der *High Security Zones* und der Verhaftung (ohne Anklage oder Zugang zu einer Rechtsvertretung) tausend-

⁴⁵ Asian Human Rights Commission, Sri Lanka, Impunity, Criminal Justice and Human Rights, 1. März 2010.

⁴⁶ Amnesty International, When will they get justice? Failure of Sri Lanka's Lesson Learnt and Reconciliation Commission, 7. September 2011; Human Rights Watch, Sri Lanka: Official Report White-washes Military Abuses, 1. August 2011.

⁴⁷ Näheres zum sri-lankischen Notstandsrecht: SFH, Sri Lanka: Aktuelle Situation, 1. Dezember 2010, S. 9 ff.

⁴⁸ Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 26. August 2011, www.srilankabrief.org/2011/08/emergency-consequential-provisions-bill.htm.

⁴⁹ Centre for Policy Alternatives, 28. August 2011, <http://cpalanka.org/cpa-statement-on-the-termination-of-the-state-of-emergency/>.

der LTTE-Mitglieder ein, also nahezu aller, die bereits nach den ER inhaftiert waren. Die neuen PTA-Bestimmungen beinhalten eine Generalvollmacht, die dem Verteidigungsstaatssekretär oder dem Präsidenten erlauben, Gesetze nach Bedarf zu erlassen.⁵⁰

Weiterhin ist der *Prevention of Terrorism Act* (PTA) in Kraft, der es ermöglicht, eine Person, die des Terrorismus, der Verbindung zu den LTTE oder der Unterstützung dieser Organisation verdächtig ist, über längere Zeit zu inhaftieren oder ihr Eigentum zu beschlagnahmen. Dieses Gesetz hat abschreckende Wirkung auf alle, die sich für die Rechte der TamillInnen einsetzen.⁵¹ Willkürliche Festnahmen, Verschwindenlassen und Incommunicado-Haft sind weiterhin möglich. Betroffen sind von diesen Gesetzen in erster Linie die tamilische Gemeinschaft, aber auch alle Personen, die der Regierung kritisch gegenüberstehen.⁵²

5.2 Kontrolle, Checkpoints, Razzien

Den Abläufen zur Identifizierung von LTTE-nahen Personen fehlt es nicht nur an Transparenz, sondern sie beruhen oft auf Hinweisen regierungsnaher tamilischer Gruppierungen und ihrer paramilitärischer Flügel. Die Kriterien für Festhaltung und Freilassung sind oft unklar.

Ende Oktober 2010 verkündete die Regierung, sie werde ein Dutzend permanenter **militärischer Checkpoints** in der Hauptstadt, ein Erbe des ethnischen Konflikts, abbauen. Begründet wurde die Massnahme mit der verbesserten Sicherheitssituation. Die festen Strassensperren sollten durch alternative Überwachungsmethoden ersetzt werden (sogenannte *Snap Roadblocks*, also mobilere Formen der Strassenblockierung).⁵³ Diese und die noch bestehenden Checkpoints werden weiterhin mit der Sorge des Militärs um weiteren potenziellen Einfluss der LTTE begründet.⁵⁴

Es gibt nach wie vor Checkpoints in Colombo und auf der Strasse zum Flughafen, ausserdem an einigen Schlüsselstellen und an Zufahrtsstrassen nach Colombo.⁵⁵ Verstärkt werden Checkpoints bei wichtigen Anlässen, so wenn hochrangige Gäste empfangen werden oder der Präsident durch die Stadt fährt. Bombenanschläge gibt es kaum noch.⁵⁶

Razzien finden in Vierteln, in denen zahlreiche TamillInnen wohnen, weiterhin statt, sowohl in städtischen Zentren als auch in den Plantagen. Ziel der Razzien ist die Überprüfung der Identitätskarten und polizeilichen Registrierungen. Folgen einer Nichtregistrierung in Colombo können Verhaftung, Verhöre, Einschüchterung und

⁵⁰ International Crisis Group (ICG), Post-War Progress Report, 12. September 2011.

⁵¹ Näheres zum sri-lankischen Notstandsrecht mit weiteren Hinweisen: SFH, Sri Lanka: Aktuelle Situation, 1. Dezember 2010, S. 9 ff.

⁵² Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 26. August 2011.

⁵³ The Straits Times, 27. Oktober 2010, www.straitstimes.com/BreakingNews/Asia/Story/STIStory_595900.html.

⁵⁴ Immigration and Refugee Board of Canada, Responses to Information Requests, 22. Februar 2011, unter Hinweis auf ein Interview in der Zeitschrift New Yorker.

⁵⁵ E-Mail einer sri-lankischen Aktivistin für Frauenrechte vom 21. August 2011.

⁵⁶ E-Mail einer Person im Diplomatischen Dienst vom 6. Juni 2011.

Übergriffe bis hin zu Verhaftung und Folter sein.⁵⁷ Die Regierung nennt in Berichten den Fund von Waffen und Munition als ein Resultat dieser Razzien und bezeichnet die Fundstellen als mutmassliche Lager der LTTE.⁵⁸

Der Sicherheitsapparat⁵⁹ ist in Colombo nach wie vor aktiv, doch ist er weniger sichtbar. Bestimmte Gruppen, dazu zählen vor allem gebildete TamillInnen aus dem Norden und Osten und Menschenrechtsaktivisten im Allgemeinen, sind Ziel der gesteigerten geheimdienstlichen Tätigkeiten.⁶⁰ Tamilische ZivilistInnen sind nach verschiedenen Quellen einem höheren Risiko ausgesetzt, verhaftet zu werden, als der singhalesische Bevölkerungsteil.⁶¹

5.3 Registrierung von TamillInnen

Die Geschichte der **Registrierungsvorschriften** zeigt, dass diese in engem Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung und der Kontrolle der tamilischen Bevölkerung stehen. Der Normalfall für sri-lankische Staatsbürger ist die gewöhnliche Wohnsitzregistrierung, die sich nach der *Police Ordinance* richtet. Danach muss sich jeder sri-lankische Staatsangehörige bei der Behörde des Dorfes oder der Stadt (*Grama Sevaka Division*), in der er lebt, melden. Mit dieser Registrierung kann eine Nationale Identitätskarte beantragt werden. Damit ist noch keine Registrierung durch die Sicherheitskräfte verbunden.

In den Jahren des Konflikts und insbesondere mit Erlass der *Emergency Regulations (Regulation 23* vom 13. August 2005 verlangte von Haushalten, alle Bewohner zu registrieren) wurde eine **polizeiliche Registrierung** eingeführt, und es wurde obligatorisch für jeden Hausbesitzer in Colombo und anderen grossen Städten, auch zeitlich begrenzte Aufenthalte von Hausbewohnern (Besucher, Angestellte) bei der lokalen Polizei zu melden. De facto wurde das aber nur von den tamilischen Vermietern verlangt. Weder die Bestimmung noch das polizeiliche Formular beziehen sich dem Wortlaut nach auf die ethnische Zugehörigkeit der jeweiligen Personen.⁶² Das Formular verlangt eine Erklärung zur Absicht des Aufenthalts, Beziehungen zum Vermieter und beabsichtigte Dauer des Aufenthalts, geht also über die blosser Registrierung hinaus. Es war immer allen Beteiligten klar, dass die TamillInnen die Zielgruppe dieser polizeilichen Massnahmen sind, insbesondere die aus dem Norden und Osten der Insel stammenden und erst recht diejenigen, die in den von den LTTE kontrollierten Gebieten geboren oder wohnhaft waren. Das zeigt sich daran, dass nur in den Stadtvierteln mit überwiegend tamilischer Bevölkerung die Aufforderung publiziert wurde, sich registrieren zu lassen, besonders im Vorort Wellawatte. An den Checkpoints waren es vor allem die TamillInnen, denen der Beweis der polizeili-

⁵⁷ Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 17. August 2011, www.srilankabrief.org/2011/08/sri-lanka-asylum-seekers-new-challenges.html#more.

⁵⁸ Ebd., E-Mail einer sri-lankischen Aktivistin für Frauenrechte vom 21. August 2011.

⁵⁹ SFH, Sri Lanka: Aktuelle Situation, 1. Dezember 2010, S. 6.

⁶⁰ Human Rights and Security Issues concerning Tamils in Sri Lanka, Report from Danish Migrations Service's fact finding mission to Colombo, Sri Lanka, 19 June to 3 July 2010, Oktober 2010, S. 29, www.nyidanmark.dk/NR/rdonlyres/899724D8-BEEB-4D9E-B3B2-F2B28A505CCD/0/FactfindingreportSriLanka2010FINALNY.pdf.

⁶¹ Ebd.; Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 17. August 2011.

⁶² Sri-lankischer Country-of-Origin-Researcher, E-Mail vom 4. April 2011.

chen Registrierung abverlangt wurde, auch wenn diese Überprüfung nicht das primäre Ziel der Kontrollen waren.⁶³

Die Frage nach der Registrierung war und ist vor allem an Checkpoints oder bei Razzien das Mittel, um von den kontrollierten TamillInnen eine Erklärung zu verlangen, wo sie wohnen und welches der Aufenthaltszweck (*valid reason*) ist. Nichtregistrierte werden zur weiteren Vernehmung auf die Polizeiposten mitgenommen. Die ethnische Zugehörigkeit zu erkennen, ist dabei nicht schwierig: Die Namen tamilischer Personen sind in Identitätsdokumenten in Singhalesisch und Tamilisch geschrieben, während Namen und Koordinaten von singhalesischen Personen nur auf Singhalesisch geschrieben sind. Ohnehin wird die ethnische Zugehörigkeit aufgrund des Familiennamens erkennbar.⁶⁴

Mit dem Vorrücken der sri-lankischen Armee in den Jahren 2008 und 2009 kam es zu einem Exodus der tamilischen Zivilbevölkerung aus Jaffna, Vavuniya, Kilinochchi, Mullaitivu und Mannar. Viele von ihnen flohen in die *Western Province*. Die Polizei kündigte an, dass alle Zivilisten aus dem Norden, die vorübergehend in der *Western Province* lebten, sich am 21. September 2008 bei der nächsten Polizeistation registrieren lassen müssten. Sie sollten die Dokumente mitbringen, die ihren Aufenthalt in der Provinz während der letzten fünf Jahre bestätigten, zusätzlich die Nationale Identitätskarte, Pass, Geburtszeugnis und Briefe des *Grama Sevaka* (Dorfvorsteher). Nach Angaben des *Senior Superintendent of Police*, Ranjith Gunasekara, wurden 10'829 Familien aus den nördlichen Distrikten an diesem Tag in Colombo bei der Polizei registriert.⁶⁵

Am 23. Dezember 2009, also nach Ende des bewaffneten Konflikts, kündigte der Polizeisprecher Nimal Madiwake an, dass die Registrierungsverpflichtung mit sofortigem Effekt gelockert würde. TamillInnen aus dem Ausland und aus dem Norden und Osten Sri Lankas müssten sich bei sehr kurzen Aufenthalten (bis zu einem Monat) in Colombo nicht registrieren lassen. TamillInnen **mit längerer Aufenthaltsdauer** sollten sich wie bisher registrieren lassen.⁶⁶

Im Mai 2010 kündigte Aussenminister G.L. Peiris eine Lockerung der *Emergency Regulations* an und die Regelung der anstehenden Probleme nach der *Police Ordinance*, dem Strafrecht und dem *Prevention of Terrorism Act* (PTA).

Am 14. Juli 2010 begann die polizeiliche Registrierung von TamillInnen in Colombo erneut, wobei die Polizei erklärte, sie handle nun aufgrund der *Police Ordinance* und nicht aufgrund der *Emergency Regulations*. Die Registrierungen fanden in den Vierteln Wellawatte, Kotahena und Kirillapona, alles Viertel mit grosser tamilischer Bevölkerung, statt. Andere ethnische Gruppierungen wurden nicht aufgefordert, sich registrieren zu lassen.⁶⁷

⁶³ Ebd.; Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 24. August 2011.

⁶⁴ Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 24. August 2011.

⁶⁵ Sri-lankischer Country-of-Origin-Researcher, E-Mail vom 25. April 2011.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Ebd.; Human Rights and Security Issues concerning Tamils in Sri Lanka, Report from Danish Immigration Service's fact finding mission to Colombo, Sri Lanka, 19 June to 3 July 2010, Oktober 2010.

Am 17. Juli 2010 forderte der *National Peace Council* (NPC) die Regierung auf, sicherzustellen, dass es keine auf die Tamilen oder andere Gruppen zielende Massnahmen gibt. Klagen von tamilischen Ladenbesitzern in Kotahena richteten sich dagegen, dass die Polizei sie aufsuchte und zur Registrierung aufforderte, dass sie hingegen singhalesische Läden nicht besuchte.⁶⁸

Im Jahr 2011 scheint die Registrierung tamilischer Personen in den Bezirken Jaffna und Kilinochchi vom Jaffna-Kommandeur, Maj. Gen. Mahinda Hathurusinghe, «zur Verhinderung von Entführungen und Tötungen»⁶⁹ verlangt worden zu sein. Im April 2011 wurden Bewohner bestimmter Viertel von Batticaloa aufgefordert, sich bei der Polizei registrieren zu lassen. Parlamentarier der *Tamil National Alliance* (TNA)⁷⁰ hatten am 21. Februar 2011 eine Petition beim Supreme Court eingereicht, mit der sie ein Ende der polizeilichen Registrierungen forderten. In der Begründung führten sie aus, dass die BewohnerInnen sich fotografieren lassen müssten und von ihnen 100 RS verlangt würden. Fotos sämtlicher Hausbewohner müssten innerhalb des Hauses oder neben dem Eingang aufgehängt werden.⁷¹ Im Kilinochchi-Bezirk mussten Bewohner ein Formular in singhalesischer Sprache unterschreiben, das viele von ihnen nicht verstanden. Die Parlamentarier der TNA beschwerten sich, dass die Sicherheitskräfte die Registrierung trotz des Verfahrens beim Supreme Court weiterhin verlangten.⁷²

Die Datenlage, ob und wo polizeiliche Registrierungen der TamillInnen weiterhin verlangt werden, ist uneinheitlich und widersprüchlich.⁷³ Die gegebenen Informationen sprechen dafür, dass Registrierungen weiterhin in den nördlichen Bezirken wie Kilinochchi und Jaffna verlangt werden, auch wenn die Regierung gegenüber dem Supreme Court behauptet hat, die Neuregistrierung in diesen Bezirken stoppen zu wollen.⁷⁴ Die Möglichkeit dazu hat die Polizei auch unabhängig von den ER,⁷⁵ da nach der *Police Ordinance Sec. 76* entweder der *Inspector General of Police* oder ein *Deputy Inspector General of Police* den Besitzer eines Hauses auffordern kann, Informationen über die Mieter zu geben. Registrierungen finden aber auch nach Angaben mehrerer Quellen immer noch in den tamilischen Vierteln Colombos statt, jedoch weniger bei einzelnen Haushalten, sondern bei Lodges, Hotels, Gasthäusern, die eine tägliche Liste der Bewohner der lokalen Polizei abgeben müssen, zusammen mit Fotokopien der Pässe und der Nationalen Identitätskarten.⁷⁶

Die Informationen der Kontakte legen nahe, dass polizeiliche Registrierungen auch in den tamilischen Quartieren in Colombo nach Bedarf immer noch verlangt oder überprüft, aber weniger strikt erzwungen werden. Die Rechtsgrundlage (früher

⁶⁸ Sri-lankischer Country-of-Origin-Researcher, E-Mail vom 25. April 2011.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Die TNA-Parlamentarier waren Mavai Senathirajah, Suresh Premachandran, Appathurai Vinayagamoorthy und Sivagnanam Sritharan.

⁷¹ Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 24. August 2011; E-Mail einer Person im Diplomatischen Dienst vom 6. Juni 2011.

⁷² Sri-lankischer Country-of-Origin-Researcher, E-Mail vom 25. April 2011.

⁷³ Die meisten angefragten Kontakte gehen von einer weiteren, wenn auch weniger strikten Praxis der Registrierung für TamillInnen aus.

⁷⁴ Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 24. August 2011.

⁷⁵ Nach der *Police Ordinance Sec. 76* kann entweder der *Inspector General of Police* oder ein *Deputy Inspector General of Police* den Besitzer eines Hauses auffordern, Informationen zu den Mietern zu liefern.

⁷⁶ E-Mail eines sri-lankischen Anwalts in Colombo vom 25. März 2011; Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 17. August 2011.

Emergency Regulations, heute *Police Ordinance*) ist austauschbar. Registrierungen scheinen teilweise auf einer freiwilligen Basis zu geschehen, um Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen.⁷⁷ Bei Razzien kann aber die Nichtregistrierung oder das Fehlen eines *valid reason* unverändert zu genauer Überprüfung oder Festnahme führen. Das trifft auch TamillInnen, die von den Plantagen kommen und in Colombo oder anderen urbanen Zentren Hilfsarbeiten übernommen haben. Sie sind durch die Überprüfungsmöglichkeiten auf eine vorhandene Registrierung besonders verletzbar.⁷⁸

5.4 Kontrolle am Flughafen

Mit der starken Präsenz der Geheimdienste am Katunayake International Airport ist es möglich, die ein- und ausreisenden TamillInnen systematisch ins Visier zu nehmen.

Die detailliertesten Informationen über die Vorgänge bei Einreise und Ausreise auf dem Colombo Airport finden sich in einem nach wie vor aktuellen Bericht im Auftrag der *UK Border Agency Country of Information Service* (COIS), der anlässlich einer Abklärungsreise vom 23. bis 29. August 2009 erstellt wurde.⁷⁹ Streng überwacht werden nach dieser Quelle sowohl Ausreisen wie Einreisen. Es fällt in der Darstellung der Quellen auf, wie unterschiedlich die Vertretungen der Staaten und internationaler Organisationen, Repräsentanten der sri-lankischen Behörden, NGOs und Menschenrechtsaktivisten die Situation am Flughafen beurteilen.

Personen, die ein Asylverfahren durchlaufen haben, sind dadurch identifizierbar, dass sie mit temporären Reisedokumenten unterwegs sind. Sie werden aus der Warteschlange ausgesondert von der Immigrationsbehörde (DIE, *Department of Immigration and Emigration*) und routinemässig der Airport-Polizei oder den Geheimdiensten übergeben.⁸⁰ Eine angefragte Person im Diplomatischen Dienst geht allerdings davon aus, dass weder ein Reisepass noch ein Laissez-passer einen sicheren Hinweis auf ein vorausgegangenes Asylverfahren erlauben.⁸¹ Die sri-lankischen Behörden würden dann informiert, wenn es zu zwangsweisen Rückführungen komme.

Die meisten Quellen⁸² gehen davon aus, dass alle zwangsweisen Rückführungen dem CID (*Criminal Investigation Department*) für Nationalitäts- und Vorstrafenüberprüfungen gemeldet werden und allen Zurückgeführten Fingerabdrücke genommen werden. Die Person kann auch dem *State Intelligence Service* (SIS) und/oder dem *Terrorist Investigation Department* (TID) für Verhöre überstellt werden. Die SIS-Offiziellen sind mit Listen der Passagiere ausgerüstet, mit deren Hilfe sie einzelne Personen auslesen und zur Seite nehmen. Bei Rückführungen aus Grossbritannien

⁷⁷ E-Mail einer sri-lankischen Aktivistin für Frauenrechte vom 21. August 2011; E-Mail eines sri-lankischen Anwalts vom 25. März 2011.

⁷⁸ E-Mail einer sri-lankischen Aktivistin für Frauenrechte vom 21. August 2011.

⁷⁹ UK Home Office, Report of Information Gathering Visit to Colombo: 23–29 August 2009, August 2009, S. 5 ff.

⁸⁰ E-Mail einer singhalesischen Aktivistin für Frauenrechte vom 21. August 2011; Sri Lanka Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 24. August 2011.

⁸¹ E-Mail einer Person im Diplomatischen Dienst vom 16. September 2011.

⁸² UK Home Office, Report of Information Gathering Visit to Colombo: 23–29 August 2009, August 2009. Vgl. auch: Immigration and Refugee Board of Canada, Security controls at the international airport and ports [LKA103344.E], 28. Juni 2010, www.ecoi.net/local_link/134167/234184_en.html.

wurde der SIS jeweils von den britischen Asylbehörden über geplante Rückführungen in Kenntnis gesetzt. Der SIS verhörte jede zurückgeführte Person und fragte sie über die Gründe aus, wie und warum sie Sri Lanka verlassen hat und ausserdem zu ihrem persönlichen und politischen Hintergrund. Die SIS-Computerdaten werden auch dem TID zugänglich.⁸³

RückkehrerInnen, bei denen festgestellt wird, dass sie ein Asylverfahren durchlaufen haben, werden aus den Wartschlangen herausgenommen und zunächst für Befragungen festgehalten, manchmal für wenige Stunden, manchmal für Tage oder Monate, bis eine Sicherheitsfreigabe erfolgt. Die Sicherheitsfreigabe erfolgt nach Abklärungen im Heimatort der betreffenden Person. Wegen der kriegsbedingten Bevölkerungsverschiebungen können die für die Überprüfung erforderlichen Informationen besonders schwer zu erlangen sein. Falls die lokalen Register und Akten nicht aktualisiert oder Familienmitglieder nicht erreichbar sind, kann das zu unbegrenzter Festhaltung, Erpressung und auch zu Folter führen.⁸⁴ Personen, die nicht sogleich freigelassen werden, werden vom Flughafen gewöhnlich zum Gefängnis in Negombo verbracht, wo sie inhaftiert werden.⁸⁵

Verhör und Haft sind wahrscheinlich bei Personen, deren Papiere Hinweise auf Fälschungen erkennen lassen.⁸⁶ Das SIS hat Zugang zu verschiedenen elektronischen Registern.⁸⁷ Gesuchte Personen werden inhaftiert. Personen mit Vorstrafen oder mutmasslichen Verbindungen zu den LTTE durchlaufen ein weiteres Verhör und können deshalb in Haft bleiben.

TamillInnen aus dem Norden und Osten werden mit grösserer Genauigkeit geprüft als andere.⁸⁸ Folgende Faktoren lassen Schwierigkeiten bei der Einreise erwarten: Ausstehender Haftbefehl, Vorstrafen, Verbindung mit den LTTE (z.B. Geldleistungen für die LTTE), illegale Ausreise aus Sri Lanka, Verbindungen zu Medien oder NGOs, Fehlen einer ID oder anderer Dokumente.⁸⁹ Unter der Geltung des PTA kann das eine längere Festhaltung unter möglicherweise brutalen Bedingungen bedeuten. Besonders verletzlich sind RückkehrerInnen, wenn sie individuell zurückkehren und niemand weiss, dass sie ankommen.⁹⁰

Eine der befragten Quellen verweist auf nicht bestätigte Airport-Quellen, wonach es schon vorgekommen ist, dass einzelne TamillInnen in nicht gekennzeichnete Fahrzeuge eingeladen und an unbekannte Orte verbracht wurden, ohne dass ihr weiteres Schicksal bis heute bekannt ist.⁹¹ Nachdem ein Besuch des Präsidenten Rajapaksa in Grossbritannien gescheitert ist, hat sich die Zahl von Verhaftungen von Tamilen aus London erhöht.⁹²

⁸³ UK Home Office, Report of Information Gathering Visit to Colombo: 23–29 August 2009, August 2009.

⁸⁴ Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 24. August 2011.

⁸⁵ E-Mail einer singhalesischen Aktivistin für Frauenrechte vom 21. August 2011.

⁸⁶ Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 24. August 2011.

⁸⁷ UK Home Office, Report of Information Gathering Visit to Colombo: 23–29 August 2009, August 2009.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 24. August 2011.

⁹¹ Sri-lankischer Country-of-Origin-Researcher, E-Mail vom 5. Mai 2011.

⁹² Ebd.

Es gibt **einzelne Berichte** zur Festhaltung, Verhaftung und Folter von rückkehrenden oder zurückgeführten TamillInnen, auch zu Freilassung gegen Geldzahlungen:⁹³

- Australien hat die Wegweisung sri-lankischer Asylsuchender nach einem Bericht der *Australia Broadcasting Corporation* ausgesetzt. Phil Glendennig, Direktor des *Edmund Rice Centre*, Australien, der die Situation aus Australien zurückgekehrter TamillInnen untersucht hat, geht so weit, zu behaupten, dass von elf aus Australien zurückgeführten TamillInnen alle dem CID übergeben und festgenommen wurden. Einzelne wurden verhaftet, einzelne physisch attackiert. Die Organisation äussert schwerwiegende Bedenken für die Sicherheit der zurückgeführten Personen.⁹⁴
- Im November 2009 verliess der 1983 geborene S. Malaysia, um eine Reise mit dem Schiff nach Australien zu unternehmen. Nachdem das Boot von der indonesischen Marine gestoppt wurde, wurde S. am 25. November 2009 nach Colombo zurückgefliegen. Auf dem Flughafen wurde er vom CID angehalten und befragt, weil sein mit IOM angeschriebenes Gepäckstück Verdacht erregte. Er wurde in einen Raum verbracht und geschlagen. S. sagte, dass er nach Verbindungen zu den LTTE befragt wurde, dabei sei IOM bezichtigt worden, ebenfalls mit den LTTE zusammenzuarbeiten. Nach seinem Eindruck wurde die Befragung durch ein Mitglied einer im Osten der Insel operierenden paramilitärischen Gruppe durchgeführt. Am 27. November 2009 wurde er durch den TID verhört und am 3. Dezember in das Boosa-Gefängnis in Galle transferiert. Dort wurde er erneut geschlagen. Am 20. Januar 2010 wurde er freigelassen und lebt heute, ohne Beschäftigung gefunden zu haben, bei seiner Familie.⁹⁵
- Am 17. Juni 2011 wurden 26 aus London zurückgeführte TamillInnen bei der Ankunft auf dem Flughafen für Befragungen festgehalten. Amnesty International befürchtete, dass ein Teil der Zurückgeführten riskiert, gefoltert zu werden. Die Menschenrechtsorganisation bezieht sich darauf, dass Sri Lanka eine Tradition habe, abgewiesene Asylsuchende bei der Einreise zu inhaftieren, und dass es Belege gebe, dass Personen nach der Rückführung gefoltert wurden. Eine der zurückgeführten Personen versuchte, sich in der Nacht vor der Ausschaffung das Leben zu nehmen.⁹⁶
- Bereits im Jahr 2010 wurden nach den Feststellungen von Amnesty International und anderer Organisationen drei singhalesische Männer nach Asylgesuchstellung in Australien bei der Rückkehr verhaftet und wegen ihres Asylgesuchs gefoltert.⁹⁷

⁹³ Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 24. August 2011.

⁹⁴ Still Human Still Here, A commentary on the March 2011 Sri Lanka Operational Guidance Note, 1. August 2011, www.unhcr.org/refworld/docid/4e5f18762.html, S. 19.

⁹⁵ Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 24. August 2011, Annex 1.

⁹⁶ Amnesty International, 16. Juni 2011, www.amnesty.org/en/news-and-updates/tamil-set-uk-deportation-following-suicide-attempt-2011-06-16.

⁹⁷ Amnesty International, 3. September 2010, www.unhcr.org/refworld/country,,AMNESTY,,AUS,,4c84ac6e1a,0.html; Asian Human Rights Commission, www.humanrights.asia/countries/sri-lanka/countries/sri-lanka/resources/special-reports/AHRC-SPR-001-2011-SriLanka.pdf. Vgl. auch: Australian Broadcasting Corporation, Failed asylum seekers allegedly beaten, 21. April 2011.

Auch wenn eine Person bei der Einreise wieder freigelassen wird und den Airport verlassen kann, kann sie anschliessend bei polizeilichen Kontrollen oder an Checkpoints festgehalten, eingeschüchtert oder erpresst werden. Auf dem Heimweg oder nach der Rückkehr an den Heimatort kann sie wieder zum Ziel der paramilitärischen Flügel der regierungsnahen tamilischen Parteien werden.⁹⁸ Neben den Problemen bei der Wiedereinreise können RückkehrerInnen viele Schwierigkeiten bei der Suche nach Unterkunft und Beschäftigung haben, bei der Wiedervereinigung mit der Familie und bei der Ausstellung einer National Identity Card.

5.5 Haft der LTTE-Mitglieder, Rehabilitation, Reintegration

Unter den ursprünglich 11'000 unter Verdacht der LTTE-Zugehörigkeit verhafteten Personen, die in sogenannten Rehabilitationszentren festgehalten wurden, waren viele nur marginal in Aktivitäten der Guerilla involviert und oft in den letzten Phasen des Kriegs rekrutiert worden, manche unter Zwang.⁹⁹ Selbst das IKRK hatte keinen oder nur behinderten Zugang zu den Haftzentren. Einzelne Besuche von Familienmitgliedern waren möglich. Eine nicht genau bekannte Zahl ehemaliger mutmasslicher Angehöriger der LTTE wird weiterhin in den sogenannten Rehabilitationszentren festgehalten,¹⁰⁰ andere wurden freigelassen. Die International Crisis Group ging im Juli 2011 noch von ungefähr 3000 Inhaftierten in den Rehabilitationszentren aus.¹⁰¹

Die sri-lankische Regierung weigert sich, Listen mit Namen der inhaftierten Personen herauszugeben. Nach der Einschätzung eines befragten Journalisten hat die Regierung einfach deshalb kein Interesse an der Überprüfbarkeit der Zahl und Koordinaten der inhaftierten Personen, weil damit offenbar würde, wen unter den LTTE-Kadern sie am Ende des Krieges oder danach hat umbringen lassen.¹⁰² Tausende, die zuletzt in Gewahrsam des Militärs gesehen wurden, werden vermisst.¹⁰³ Inhaftierte, die besucht werden konnten, äusserten Unverständnis, dass die Regierung inzwischen sehr enge Beziehungen zu LTTE-Führern der höchsten Ebene unterhält, während die Mitglieder einer niedrigeren Ebene und auch Zivilisten in Haft bleiben.¹⁰⁴

Ob die Freigelassenen überhaupt frühere Kämpfer oder an Verbrechen beteiligt waren, ist völlig unklar, und es gibt auch kein unabhängiges Verfahren, dies festzustellen.¹⁰⁵

⁹⁸ Sri Lankan Advocacy Group, Sri Lanka Brief, 24. August 2011.

⁹⁹ Minority Rights Group International, No war no peace: the denial of minority rights and justice in Sri Lanka, 2011, S. 26.

¹⁰⁰ IRIN Asia, Sri Lanka: Thayasevan, I'm starting to feel normal again, 15. Juni 2011, www.irinnews.org/report.aspx?ReportId=92983.

¹⁰¹ International Crisis Group (ICG), Reconciliation in Sri Lanka, Harder than Ever, 18. Juli 2011, S. 17.

¹⁰² Gespräch mit einem sri-lankischen Journalisten, der jetzt im Ausland lebt, am 16. August 2011.

¹⁰³ International Crisis Group (ICG), Post-War Progress Report, 12. September 2011.

¹⁰⁴ Minority Rights Group International, No war no peace: the denial of minority rights and justice in Sri Lanka, 2011, S. 26; Gespräch mit einem sri-lankischen Journalisten, der jetzt im Ausland lebt, am 16. August 2011.

¹⁰⁵ International Crisis Group (ICG), Post-War Progress Report, 12. September 2011.

Freigelassene wurden unter Druck gesetzt, als Informanten zu fungieren. Familien im Norden suchen weiterhin nach ihren Angehörigen, da weder Namen noch Haftorte dieser Personen bekannt sind. Nach Beendigung der Haft werden diese Personen häufig wieder inhaftiert, belästigt oder als Informanten für die Armee benutzt.¹⁰⁶ Die Überwachung dieses Personenkreises erreicht eine solche Intensität, dass es den betroffenen Individuen unmöglich ist, sich wieder in die Gesellschaft zu integrieren und einer geregelten Arbeit nachzugehen.¹⁰⁷ Dieser Personenkreis ist noch ebenso ohne Verfahren und anwaltliche Hilfe wie weitere Verdächtige, die seit Jahren nach dem PTA oder den ER inhaftiert worden sind (Schätzungen gehen von 2000 Personen aus¹⁰⁸). Zu den genauen Zahlen dieser Kategorie von Inhaftierten gibt es keine Transparenz.

6 Aktivitäten tamilischer Gruppen, die mit der Regierung zusammenarbeiten

Einstige paramilitärische Gruppen wie EPDP (Eelam People's Democratic Party) in Jaffna und die beiden Flügel der TMVP im Osten (People's National Liberation Tigers) sind heute registrierte politische Parteien, deren Mitglieder Teil der Regierung sind oder im Parlament sitzen.¹⁰⁹ Sie haben jedoch nach wie vor bewaffnete Flügel, die Menschenrechtsverletzungen begehen und auch in gewöhnliche Kriminalität verwickelt sind. Diese Parteien sind auch in Colombo aktiv, beobachten die Tätigkeit von Journalisten und Organisationen der tamilischen Zivilgesellschaft.¹¹⁰ Übergriffe und Attacken auf Kritiker, Entführungen, Lösegelderpressungen und Tötungen gehen auf ihr Konto. Es gibt eine enge, mitunter offene Kooperation mit den staatlichen Sicherheitskräften vor allem im Norden und Osten der Insel, und die Gruppen operieren in völliger Straffreiheit. Die Kontrolle von tamilischen Städten wie Jaffna, Vavuniya, Batticaloa und Trincomalee obliegt wesentlich diesen Parteien in Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften. Während des Krieges hatten sie primär eine militärische Bedeutung. Heute scheint es in ihrem Bemühen um eine Festigung ihrer Territorien und Einnahmequellen eine zunehmende Entwicklung zu kriminellem Handeln (Entführung und Erpressung) zu geben, auch in Colombo.¹¹¹ Zudem erledigen sie die Arbeit für die Behörden, indem sie mutmassliche oder verdächtige LTTE-Mitglieder oder -Sympathisanten identifizieren. Betroffene TamillInnen fürchten sich, zur Polizei zu gehen, weil sie als sicher annehmen, dass diese Gruppen mit der Polizei zusammenarbeiten.¹¹²

¹⁰⁶ International Crisis Group (ICG), Reconciliation in Sri Lanka, Harder than Ever, 18. Juli 2011, S. 18.

¹⁰⁷ E-Mail einer Person im Diplomatischen Dienst vom 6. Juni 2011.

¹⁰⁸ Sri-lankischer Country-of-Origin-Researcher, E-Mail vom 5. Mai 2011.

¹⁰⁹ Im Norden sind ausserdem noch die PLOTE (Organisation of Tamil Eelam) und die TELO (Tamil Eelam Liberation Organisation) aktiv.

¹¹⁰ E-Mail einer singhalesischen Aktivistin für Frauenrechte vom 21. August 2011.

¹¹¹ Sri-lankischer Country-of-Origin-Researcher, E-Mail vom 16. Juni 2011.

¹¹² Sri-lankischer Country-of-Origin-Researcher, E-Mail vom 5. Mai 2011.

7 Ausblick

In einer Phase, in der die Staaten, in denen TamillInnen um Schutz ersucht haben, die Rückkehrmöglichkeiten im Hinblick auf das Ende des Kriegs geprüft und breit bejaht haben¹¹³, drängt sich die Frage auf, wie einem nach wie vor bestehenden Sicherheitsbedürfnis dieser Gruppe Rechnung getragen werden kann. Es erreichen uns seitens der Rechtsberatungsstellen Meldungen (die wir nicht überprüfen können), wonach Tamilen mit unterschiedlichem Status, die nach Sri Lanka eingereist sind, unter Verdacht der LTTE-Mitgliedschaft verhaftet, teilweise misshandelt oder gegen Bestechung wieder freigelassen wurden. Die Rückkehr über den Flughafen wird seitens staatlicher Vertretungen als weitgehend unproblematisch eingeschätzt.¹¹⁴ Die Situation bei der Einreise von zwangsweise zurückgeführten Personen am Flughafen ist sehr wahrscheinlich verbunden mit einer Konfrontation mit den Sicherheitsdiensten, und das bringt für RückkehrerInnen nach abgeschlossenem Asylverfahren ein gewisses Mass an Unsicherheit und nachvollziehbarer Angst mit sich. Während die Einreise häufig gut gehen mag, gibt es eine im Einzelfall nicht vorhersehbare Möglichkeit der Willkür seitens der sri-lankischen Geheimdienste, die den Auslandsaufenthalt oder die Asylgesuchstellung zum Anlass extensiver Verhöre mit allen weiteren Konsequenzen nehmen können. Die Menschenrechtsbilanz Sri Lankas im Zusammenhang mit willkürlicher Haft, mit Folter und fehlenden Rechtsschutzmöglichkeiten muss als desaströs bezeichnet werden. Eine neuere Gegenüberstellung der Propaganda der Regierung mit den Fakten durch die International Crisis Group¹¹⁵ zeigt, wie wenig Kredit diese Regierung verdient hat, wenn sie eine Versöhnungspolitik gegenüber den Minderheiten und rechtsstaatliche Verhältnisse behauptet. Den Behörden dieses Staates zugute zu halten, sie würden bei der Einreise von RückkehrerInnen und Zurückgeführten generell korrekt vorgehen, erscheint in einem Klima der Straflosigkeit behördlicher Missbräuche gewagt.

Einer der befragten Kontakte in Sri Lanka hat auf unsere Fragen die folgenden Gegenfragen gestellt: Wer könnte sicherstellen, dass am Flughafen inhaftierte Personen der schweizerischen Botschaft gemeldet werden? Könnte die schweizerische Regierung ein Netzwerk von sri-lankischen Anwälten und Menschenrechtlern unterstützen, die den Weg der Zurückgekehrten verfolgen können? Wäre es möglich, ein temporäres Transit-Haus für RückkehrerInnen zu unterstützen, so dass diese in Sicherheit ihre Familienmitglieder suchen und sich reintegrieren können?¹¹⁶

¹¹³ Neben der Schweiz Grossbritannien, Frankreich und Italien. Le Temps, Ne renvoyez aucun Tamoul dans l'immédiat, 27. Juli 2011.

¹¹⁴ E-Mail einer Person im Diplomatischen Dienst vom 16. September 2011 unter Berufung darauf, dass keine Fälle bekannt geworden seien, in denen der Umstand, dass es sich um Asylbewerber gehandelt habe, eine Rolle gespielt hat, und dass ein Monitoring der Rückführungen aus Grossbritannien keine Hinweise auf Verhaftungen ergeben hätten.

¹¹⁵ International Crisis Group (ICG), Post-War Progress Report, 12. September 2011.

¹¹⁶ E-Mail einer sri-lankischen Aktivistin für Frauenrechte vom 21. August 2011.